

Pozener Zeitung.

Dreiundachtzigster Jahrgang.

Annoncen
Annahme-Bureaus.
In Posen außer in der
Expedition dieser Zeitung
(Wilhelmsstr. 17)
bei C. H. Ullrich & Co.
Breitestraße 14.
In Gnesen bei Th. Spindler,
in Grätz bei L. Streisand,
in Lüderitz bei Ph. Matthias.

Nr. 374.

Das Abonnement auf dieses täglich drei Mal erscheinende Blatt beträgt vierjährlich für die Stadt Posen 4½ Mark, für ganz Deutschland 5 Mark 45 Pf. Bestellungen nehmen alle Postanstalten des Deutschen Reiches an.

Dienstag, 1. Juni.

Inserate 20 Pf. die sechsgespaltene Petition oder deren Raum, Reklamen verhältnismäßig höher, sind an die Expedition zu senden und werden für die am folgenden Tage Morgens 7 Uhr erscheinende Nummer bis 5 Uhr Nachmittags angenommen.

1880.

Amtliches.

Der Kaiser hat geruht: den vortragenden Rath im Auswärtigen Amts, Wirklichen Legationsrath Humbert zum Geheimen Legationsrath zu ernennen.

Der Notar Friedrich Wilhelm Schönlau zu Molsheim ist zum 1. Juni d. J. in gleicher Eigenschaft in den Landgerichtsbezirk Straßburg mit Anweisung seines Wohnsitzes in Selz verheiratet.

Der König hat geruht: den bisherigen Direktor der fiskalischen Steinkohlengrube Dudweiler Jägersfreude bei Saarbrücken, Bergrath Steiner, zum Ober-Bergrath zu ernennen; sowie dem Kaufmann und Bankier Jakob Bernstein zu Königsberg i. Pr. den Charakter als Sommerzinnhersteller, und dem Kaufmann Karl Otto Sigismund Heinz in Berlin den Charakter als Kommissionsrath zu ertheilen.

Der bisher bei dem Geheimen Staatsarchiv beschäftigte Archivassistent Oberlehrer A. D. Dr. phil. Arnold Hagemann ist bei dem Staatsarchiv zu Adelstein als Archiv-Sekretär angestellt worden.

Der Kataster-Sekretär Steinrück in Hannover ist zum Steuerinspektor ernannt worden.

Der Seminar-Hilfslehrer Merk zu Neuzelle ist unter Beförderung zum ordentlichen Lehrer an das Schullehrer-Seminar in Drossen versetzt.

Dem Ober-Bergrath Hoernecke ist die Stelle eines technischen Mitgliedes bei dem Ober-Bergamte zu Halle a. S. übertragen worden.

Der bisherige Bergwerks-Direktor z. D. Hender ist zum Direktor der fiskalischen Steinkohlengrube Dudweiler Jägersfreude bei Saarbrücken ernannt worden.

Vom Landtage.

76. Sitzung des Abgeordnetenhauses.

Berlin, 31. Mai 11 Uhr. Am Ministeriums-Graf zu Eulenburg und Kommissarien.

Vor dem Eintritt in die Tagesordnung erklärt Abg. Lauenstein die Erledigung der Vorlage über die Schlachthäuser noch in dieser Nachsession für dringend und wünscht, daß die schon vor der Vertragung gewählte Kommission möglichst bald ihre Arbeiten beginne. Nur Abg. Grumbrecht unterstützt diesen Wunsch, während Rauchhaupt, Windthorst, Richter und Cremer sich lebhaft dagegen aussprechen und namentlich darauf hinweisen, daß bei der Vertragung ein Kompromiß geschlossen sei, nur die Verwaltungsgesetze und die kirchenpolitische Vorlage zu erledigen. Der Präsident kann es nur der Kommission überlassen, ob und wann sie zusammen treten will.

Die zweite Beratung des Gesetzentwurfes zur Verfassung der Verwaltungssstreitverfahren wird fast ohne Debatte erledigt; es handelt sich hauptsächlich darum, einige Punkte zu verbessern, gewis hierher gehörende Bestimmungen aus anderen Gesetzen in dies Gesetz zu übertragen, so namentlich aus dem Kompetenzgesetz vom 26. Juli 1876, und die Konsequenzen von inzwischen erfolgten Änderungen zu ziehen. Die Kommissionsbeschlüsse werden ohne Änderung angenommen.

Es folgt die dritte Beratung des Gesetzentwurfes über die Organisation der allgemeinen Landesverwaltung. Der erste Titel: Grundlagen der Organisation (§ 1 bis 7) wird ohne Debatte angenommen.

Der zweite Titel (§§ 8 bis 40) "Verwaltungsbahörden" besteht in 4 Abschnitten: I. Provinzialbehörden, II. Bezirksbehörden, III. Kreisbehörden, IV. Behörden für den Stadtkreis Berlin.

Nach § 10 soll der Provinzialrat bestehen aus dem Oberpräsidenten beziehungsweise dessen Stellvertreter, aus einem ernannten Mitglied und 5 gewählten Mitgliedern; nach dem Beschuß zweiter Lesung sollen diese aus den zum Provinziallandtag wählbaren Provinzialangehörigen, nach der Regierungsvorlage aus dem Provinzialrat gewählt werden.

Die Abg. Graf Winzingerode und Rickert beantragen die Wiederherstellung der Regierungsvorlage.

Abg. Rickert: Der Abg. Graf Winzingerode hat mit Recht vergehoben, daß die Herren, welche die Vereinigung der kommunalen und staatlichen Funktionen in einem Organe wünschen, sich der Annahme dieses Antrages nicht widersetzen können. Unverständlich ist aber, wenn selbst Herren, welche sogar die Entscheidung über Rechtsfragen denjenigen Mitgliedern, die in kommunalen oder staatlichen Körpern sitzen, geben wollen, sich der Kombination widersetzen, wie sie Provinzialordnung gewollt hat. Nach der Vorlage des Vorgängers des heutigen Ministers sollte der Provinzialausschuss sowohl die kommunalen als staatlichen Funktionen übernehmen und nur der Vorsitzende sollte dabei wechseln. Das Haus hatte sich damals nur, weil das Herrenhaus auf diesen Gedanken nicht eingehen wollte, fügen müssen, über die Nichtigkeit des Prinzips der Regierungsvorlage hervorgehoben.

Sie nun die Trennung vornehmen, die sie nicht beabsichtigt haben? Der Abg. v. Benda hat die Konsequenzen des gegenwärtigen Zustandes beklagt, daß in einer Provinz von den 9 Mitgliedern des Provinzialausschusses, da 2 Landräthe darunter sind, die nicht in den Abgeordnetenhaus gewählt werden können, 5 Mitglieder geborene Mitglieder des Provinzialrats seien. Einmal ist dies kein Unglück, da man sie nur wählen wird, wenn sie geeignet sind; die Darstellung entspricht aber auch nicht den Thatsachen, da nach § 10 der Regierungsvorlage die Mitglieder gewählt werden können. Abg. v. Rauchhaupt hat eigentlich nur angeführt, daß man es unmöglich mache, daß gar zu viele Landräthe in die Provinzialausschüsse kämen. Ist wiederhergestellt.

Abg. Grumbrecht glaubt, daß Rickert nur durch besondere Verhältnisse der Provinz, der er angehört, zu seinem Antrage veranlaßt worden sei. Da man den Wunsch haben müsse, den Provinzialrat möglichst mit den geeigneten Personen zu besetzen, dürfe man höchstens nicht nur aus den Mitgliedern des Provinzialausschusses wählen lassen.

Abg. Graf Winzingerode beantragt, die Bestimmung zu streichen, daß die Beamten des Provinzialverbandes in den Provinzialrath nicht wählbar sein sollen, deren Sachkenntnis sie für die Arbeiten des Provinzialraths ganz besonders geeignet erscheinen lasse.

Abg. v. Rauchhaupt: Während der Graf Winzingerode nur theoretische Gründe für seinen Antrag angeführt hat, hat der Abg. Hesse etwas aus der Schule geplaudert. Seine Absicht scheint mir

zu sein, die Landräthe von dem Provinzialrath fern zu halten. Unbequem mögen die Landräthe ja zuweilen im Provinzialrath sein, jedenfalls verstehen sie aber das Vermalten, was man von den Landesdirektoren nicht immer behaupten kann.

Abg. Richter: Ich muß mich vollständig auf den Boden der Regierungsvorlage stellen. (Große Heiterkeit.) Ja, meine Herren, Sie sehen, daß wir das Gute, was die Regierung vorschlägt, gern annehmen, dann sind wir auch konservativ. Die Regierungsvorlage trägt dem Prinzip Rechnung, das wir bei Beratung der Provinzialordnung vertreten haben, und sucht emmermehr den Zusammenhang zwischen Provinzialrath und Provinzialausschuss aufrecht zu erhalten. Ich gehe offen, daß neben dem prinzipiellen Gesichtspunkte mich die Nebenrücksicht leitet, den Landrath nicht allzu mächtig werden zu lassen. Der Landrath hat ja die herrlichste Stellung im ganzen Staate, er hat ja ein so wichtiges Arbeitsfeld und kann so segensreich wirken; aber das Alles wird gefährdet, sobald er aus dem Kreise heraustritt. Wir haben schon durchgesetzt, daß er nicht im Verwaltungsrath und Provinzialausschuss sitzt, damit ist er auch aus dem Provinzialrath ausgeschieden, und dieses Hinderniß soll nun beseitigt werden. Ich bleibe aber dabei, der Landrath ist im Provinzialrath nicht an seinem Platz. Wir haben ja jetzt schon Provinziallandtage, in denen die besoldeten Beamten, Landräthe und Bürgermeister die geborene Majorität bilden. Der Landrath ist abhängig von seinem Oberpräsidenten, er avanciert und wechselt seinen Wohnsitz und ist daher nicht der geeignete Mann für den Provinzialrath.

Abg. v. Benda glaubt, daß die Bedeutung der Frage überschätzt werde. Die Neigung, Landräthe in den Provinzialrath zu wählen, habe er noch nicht bemerkt.

Abg. Wehr erklärt, daß er die Ansichten des Abg. v. Rauchhaupt theile, auch die Beamten des Provinzialverbandes von der Wählbarkeit zum Provinzialrath ausgeschlossen wissen wollen.

Abg. v. Meier-Alsnadel findet es befremdlich, daß nicht auch die Bürgermeister der vom Kreise eximierten Städte gleich den Landräthen von der Wählbarkeit zum Provinzialrath ausgeschlossen seien.

Abg. Rickert macht darauf aufmerksam, daß die Landräthe Staatsbeamte seien, die Bürgermeister aber nicht. Er habe nicht aus der Schule plaudern können, da ihm die Absicht, die Landräthe vom Provinzialrath auszuschließen, fern liege.

Nach einigen weiteren Bemerkungen der Abg. Richter, v. Zedlitz und v. Rauchhaupt wird § 10 unter Ablehnung des Antrages Winzingerode-Rickert nach dem Beschuß der zweiten Lesung angenommen.

Abschnitt II: Bezirksbehörden (§§ 16–28) wird ohne Debatte erledigt; im § 23 war dem Regierungspräsidenten das Recht gegeben, Beschlüsse der Regierung oder einer Abteilung derselben, mit denen er nicht einverstanden ist, zu suspendieren und bei eiligen Sachen nach seiner Ansicht zu verfahren.

Auf den Antrag des Abg. Rickert wird diese Bestimmung gegen die Stimmen der konservativen Parteien gestrichen.

Abschnitt IV: Behörden für den Stadtkreis Berlin. § 34, wonach der Oberpräsident von Brandenburg zugleich als Oberpräsident von Berlin fungiren soll, wird angenommen.

Abg. Zelle beantragt in einem neuen § 35a den in zweiter Lesung abgelehnten Bezirksrat für Berlin zu schaffen.

Abg. Zelle: Der Minister des Innern hat in zweiter Lesung unseres Antrags einen sehr entschiedenen Widerspruch entgegengesetzt. Mit Recht hat der Minister es für einen Widerspruch erklärt, einem solchen Bezirksrat die eigentliche kommunale Aufsicht übergeben zu wollen. Unter kommunaler Aufsicht hat man doch wohl die Aufsicht über die Geschäftsführung der Kommunalbehörden und der einzelnen Mitglieder des Magistrats zu vertheilen. Von einem Verlangen nach solcher kommunaler Aufsicht ist aber gar nicht die Rede gewesen. Der Minister hat ein sehr einschneidendes Moment außer Acht gelassen, daß nämlich Leute, welche in einer oberen Behörde gewählt sind, sehr bald einen esprit de corps empfinden, der sie zwinge, an Entscheidungen der unteren Instanzen Kritik anzulegen. Man erkennt das täglich an den Differenzen zwischen dem von der Stadtverordnetenversammlung gewählten Bürgermeister und der Wählerschaft. Man kann ohne Gefahr dem Bezirksrat die Entscheidung von Streitigkeiten zwischen Magistrat und Stadtverordneten überlassen. Ist er doch von beiden gewählt und ein ganz unparteiischer Schiedsrichter. Der Minister hat ferner eingewendet, daß für die gewerblichen und wirtschaftlichen Angelegenheiten statt des Bezirksrats der Stadtausschuss eintreten könne und deshalb der Bezirksrat für Berlin entbehrlich sei. Der Stadtausschuss hat aber z. B. die Genehmigung zu gewerblichen Anlagen zu geben und wenn er an Stelle des Bezirksrats tritt, soll er gleichzeitig darüber befinden, ob die Anlagen zu sistiren sind, wenn sie Nachtheile für das allgemeine Wohl involvieren. Alle die Gründe für eine solche Scheidung der Behörden würden später bei Beratung des Kompetenzgesetzes den Wünschen Berlins entgegen gestellt werden, wenn es sich darum handelt, diese Dinge dem Stadtausschuss zu übergeben. Wenn der Minister sagt, es sei doch eine Unmöglichkeit, daß der Bezirksrat bei Konflikten zwischen Polizei und städtischen Behörden entscheide, so weise ich auf die Beispiele, aus denen hervorgeht, daß nur selten ein solcher Konflikt bei diesen Dingen entsteht. Der Minister hat endlich den Bezirksrat als Ausdruck der städtischen Behörden bezeichnet. Es sollen doch aber Mitglieder des Magistrats und der Stadtverordneten für diesen Verwaltungskörper gar nicht wählbar sein! Von solchen gewählten Mitgliedern der Selbstverwaltungsbehörden werden die öffentlichen Rechte besser wahrgenommen werden, als es in den Büros des Polizeipräsidiums geschieht. Ich erinnere nur an den Fall, wo die Kommunalbehörden zu ihrem Schreck in einer sehr engen Straße ein Gebäude bis zum höchsten Stock in die Höhe wachsen sahen, obwohl die Baupolizeiverordnung nur ein halb so hohes Gebäude zuließ. Die Polizeibehörde meinte auf die Anfrage, es sei ja eine Verbreiterung der Straße – es handelt sich um die Wallstraße – vorgesehen. Ein Selbstverwaltungskörper würde auf solchen Einwänden die einzige richtige Antwort geben, daß die Herren, welche dabei berieten, wahrscheinlich das Einsleben der Verbreiterung nicht erleben würden.

Abg. v. Hesse: Nach der Abstimmung in zweiter Lesung ist es nicht zu verwundern, daß die Herren auf den Vorschlag zurückkommen, dieses Organ der Selbstverwaltung für Berlin zu schaffen. Der durchschlagende Grund gegen die Absicht, die Befugnisse des Bezirksrats für Berlin einer von den städtischen Behörden zu wählenden Körperschaft zu übertragen, besteht in dem Mangel an einer unabhängigen Wahlkörperschaft. Der Kollege Zelle hat die Befugnisse des Bezirks-

raths als sehr unbedeutend hingestellt, wir wissen aber, daß dieselben durch das Kompetenzgesetz erheblich erweitert werden sollen; dann werden wir wieder dieselbe Melodie hören, Berlin nicht schlechter zu stellen als andere Städte. Es liegt uns eine Petition vor, welche für den hiesigen Altstädtchenhoff um Schutz gegen städtische Vergewaltigung bittet. Auch die städtischen Behörden petitionieren in der Angelegenheit. Wenn nun der Bezirksrat für Berlin geschaffen wäre, so würde diesem die Entscheidung in der Sache zustehen. Ist es etwa gerecht und billig, die Entscheidung in einer solchen schwierigen Konflikt zweier Interessenten einer Behörde anzuvertrauen, die von einem der Interessenten gewählt ist?

Abg. Richter: Die Frage steht so, ob wir lieber auf die Unparteilichkeit und Gerechtigkeit des Berliner Polizeipräsidienten und seiner Dezernenten vertrauen sollen oder die einer gewählten Körperschaft, welche besteht aus dem Oberpräsidenten, einem Vertreter des Polizeipräsidienten und vier gewählten Mitgliedern. Ich habe durch meine Stellung zur Schlachthausvorlage bewiesen, daß ich auch in der Frage des Altstädtchenhofs nicht das einseitige kommunale Interesse Berlins allein vertreten würde. Ist die Annahme gerechtfertigt, daß die vom Magistrat gewählten Mitglieder des Berliner Bezirksrats prinzipiell gegen jeden Armen, der sich gegen eine der zahlreichen Berliner Armenbehörden beschwert, eingenommen sein würden? dann würde dieses Bedenken auch gegen jeden anderen Bezirksrat im Lande obwalten. Ich glaube im Gegenteil, daß im Berliner Bezirksrat diese Frage in sachgemäßer entschieden werden, als von einem Sekretär der Regierung in Potsdam. Wenn Sie einer analog konstruierten Behörde in Berlin die wichtigen Befugnisse der Veranlagung zur Staatssteuer anvertrauen und mit Recht, dann können Sie einer solchen auch die minder wichtigen Befugnisse eines Bezirksrats geben, die ja noch der Kontrolle einer Oberinstanz unterliegen.

Abg. v. Liebermann gesteht zu, daß die Theorie, Berlin in Bezug auf einen Bezirksrat dem übrigen Lande gleichzustellen, verführerisch ist, aber aus allgemeinen, nicht aus speziellen Berliner Verhältnissen praktischen Gesichtspunkten müsse er sich dagegen erklären. Auch der freiwillige Engländer gestatte in London eine viel strengere Polizeigewalt als in den übrigen Städten seines Landes. Dasselbe müsse in der Residenz Berlin der Fall sein, wo es sich um den Schutz des Landesherrn und der höchsten Institute handelt. Solche Erwägungen ständen den Billigkeitsrücksichten entgegen, zudem würden die gewählten Mitglieder des Berliner Bezirksrats stets dem Oberpräsidenten Opposition machen. (Widerspruch links.)

Minister Graf zu Eulenburg: Ich bitte Sie den Antrag Zelle abzulehnen. Es handelt sich in der That um die Frage, ob Sie dazu übergehen wollen, es sei der Gleidigkeit zu lieben, sei es, um der Stadt Berlin einen Gefallen zu thun, Einrichtungen zu treffen, welche der für eine gedeihliche Wirtschaft nötigen Grundlage entbehren. Es handelt sich nicht um die Vertrauenswürdigkeit der dabei etwa in Betracht kommenden Personen; man würde die geeigneten Persönlichkeiten schon finden; aber die Zusammensetzung der Behörde bietet keine Garantie, daß dies in allen Fällen geschehen wird. Ich würde durchaus nicht in der Lage sein, der Bildung eines Bezirksrates für Berlin meine Zustimmung zu geben. Denn die Übertragung von Aufsichtsbefugnissen auf einen solchen Bezirksrat wäre ein Unding, ein Widerstand. Scheidet man diese Tätigkeit aus, so bleibt ein so kleiner Kreis von Geschäften, daß es nicht wohlgethan ist, dafür einen Bezirksrat zu bilden.

Abg. Löewe (Berlin): Man läßt sich an maßgebender Stelle zu sehr von einem unberechtigten Misstrauen oder von bürokratischer Vorurteilsnemesis gegen Berlin leiten. Wir verlangen nicht, daß uns das Abgeordnetenhaus einen Gefallen erweise, sondern wir verlangen nur dasselbe, was man dem platten Lande und den anderen Städten gegeben hat.

Abg. Windthorst: Ich habe bei der zweiten Lesung für den Antrag Zelle gestimmt; nachdem ich die Sache nach allen Seiten nochmals erwogen, muß ich mich gegen denselben erklären. Berlin darf nicht vergeben, daß es Reizend ist, wo sich die Landesinteressen in Menge konzentrieren. Da muß eine Ausnahmestellung zugelassen werden. So vorzüglich auch die Kommunalverwaltung ist... (Hört! links!) Natürlich, die Herren wollen alles nur allein verstecken! (Zurufe: Nein, nicht alles, sondern nur berliner Sachen!) So vorzüglich auch die Kommunalverwaltung Berlins ist, so opferwillig natürlich die zur Selbstverwaltung berufenen Personen sind – woran sich andere Landesteile ein Beispiel nehmen könnten, so kann ich doch der hier beabsichtigten Ausdehnung der Selbstverwaltung nicht zustimmen. Dazu kommt noch, daß der Minister den Antrag für unannehbar erklärt hat, und ich möchte nicht durch Annahme des Antrages das Gesetz gefährden.

Abg. Richter: Roma locuta! (Große Heiterkeit.) Ich mache mir gar kein Hehl mehr daraus, daß wir jetzt unterliegen werden, obwohl neue Gründe in der Debatte nicht vorgekommen sind. Heute hat nun der Abg. Windthorst entdeckt, daß Berlin eine Residenz ist; das ist es aber doch nicht erst zwischen der zweiten und dritten Lesung geworden. (Heiterkeit.) Berlin ist aber nicht bloß Residenz; man darf nicht vergessen, daß es 1.000.000 Einwohner hat mit großen gewerblichen und wirtschaftlichen Interessen, die von sachverständigen Leuten und nicht vom Polizeipräsidienten beurteilt werden sollen. Wenn Sie den Antrag Zelle ablehnen, so ist das eine Kränkung, eine Zurücksetzung der Stadt Berlin und eine Schmälerung ihres Rechtes. (Beifall links.)

In der Abstimmung wird der Antrag Zelle gegen die Stimmen des Fortschritts, der Nationalliberalen und einiger Zentrumsmitglieder (Bruel, Lieber, v. Heereman, Cremer, Majunke, Franssen u. A.) abgelehnt.

§ 35 gibt dem Oberpräsidenten für den Stadtkreis Berlin die Aufsicht über die kommunalen Angelegenheiten und die Landespolizei, soweit anderswo dabei der Provinzial- und Bezirksrat mitwirkt. Insofern sonst noch die aufgehobene Abtheilung des Innern der Regierung in Potsdam in Betracht kommt, gehen deren Befugnisse auf die Polizeipräsidienten über.

Abg. v. Liebermann beantragt, dem Oberpräsidenten gesetzlich nur die Oberaufsicht über die kommunalen Angelegenheiten zu geben, im Übrigen die Abgrenzung seiner Befugnisse von denen des Polizeipräsidienten der königlichen Verordnung zu überlassen.

Abg. Zelle beantragt statt der ersten Abtheilung des Polizeipräsidiums in Fällen, in welchen dieselbe nach den gegenwärtig geltenden Gesetzen an Stelle des Bezirksrates beschließt, ein aus dem Ober-

präsidenten, dem Oberpräsidialrath und den dem Oberpräsidenten beigegebenen Räthen bestehendes Kollegium zu setzen.

Der letzte Antragsteller weist darauf hin, daß, nachdem sein Antrag auf Einsetzung des Bezirksrathes für Berlin abgelehnt ist, der jetzige Antrag eine Lücke im Gesetze ausfülle. Es hande sich dabei nicht um die Sicherheits-, sondern um die allgemeine Wohlfahrtspolizei.

Abg. v. Liebermann bezeichnet seinen Antrag als unzweckmäßig, da sich im Augenblick die Details für eine gesetzliche Abgrenzung der Behördenkompetenzen für Berlin nicht übersehen lassen. Nachdem man dem Oberpräsidenten gezeigt, die wichtige kommunale Überaufsicht gegeben, könne man ruhig das weitere der königlichen Verordnung überlassen.

Abg. v. Hesse bestreitet, daß das bisherige Verhalten des Berliner Polizeipräsidialrathes gegeben habe, einen Theil seiner Befugnisse dem Oberpräsidenten zu übertragen. Er bittet, den Antrag Zelle abzulehnen, der ein Unikum in der Verwaltungsorganisation schaffe und eine Beamtenvermehrung beim Oberpräsidium herbeiführen werde. Der Berliner Polizeipräsident ist als einfache Ortspolizeibehörde nicht möglich. Derselbe hat auch neben seinem anstrengenden äußeren Dienst Zeit genug für den inneren Dienst, da er nicht wie andere Regierungspräsidenten viel Zeit auf Orientierungstreisen zu verwenden hat. Redner empfiehlt den Antrag Liebermann als eine Verbesserung des unklaren Beschlusses der zweiten Lesung.

Abg. Richter bestreitet, daß die Anwesenheit des Polizeipräsidialrathes auf Bahnhöfen und bei Paraden zur Orientierung über Land und Leute diene. Er empfiehlt den Antrag Zelle. Zur Abkürzung der Debatte bittet er den Abg. Windthorst baldigst seine entscheidende Erklärung abzugeben.

Minister Graf zu Culemburg befürwortet den Antrag Liebermann, weil es unbedenklich sei, die Abgrenzung unwesentlicher Befugnisse zwischen dem Polizei- und Oberpräsidenten der königlichen Verordnung zu überlassen.

Abg. Windthorst erklärt sich gegen die gestellten Anträge und für die Beschlüsse zweiter Lesung.

Abg. Löewe (Berlin) erklärt, der Antrag Liebermann führe in Berlin den kleinen Belagerungszustand ein, er setze an die Stelle des Geleis die königliche Ordonnanz. Die Übertragung der Strafbau-polizeiverwaltung auf den Berliner Magistrat sei ein Verdienst Hobrechts, nicht des Polizeipräsidialrathes und von der Stadt mit ungeheuren Opfern erfaßt. Er vertheidigt die Berliner Armenverwaltung gegen die Angriffe Windthorsts und ist überzeugt, derselbe würde nach einem gründlichen Studium derselben anderer Meinung werden.

Abg. Windthorst hält dagegen sein Bedenken gegen die Art der Berliner Armenpflege aufrecht, dieselbe individualisiere nicht genug und sei nicht so genügend präventiv, wie es z. B. in Elberfeld und Düsseldorf der Fall sei. Die Oferwilligkeit und der gute Wille Berlins sei maßgeblich.

Nach Ablehnung der gestellten Anträge wird § 35 nach den Beschlüssen zweiter Lesung angenommen.

Zu § 63, welcher die Beleidigungen gegen ortspolizeiliche Verfassungen in Städten bis zu 10,000 Einwohnern zunächst an den Landrat und erst in höheren an den Regierungspräsidenten weist, stellt Abg. Rickert im Interesse der Städte den Antrag, die Grenze auf 5000 Einwohner zu normiren, wogegen der Abgeordnete v. Leditz ihn im Interesse des platten Landes bekämpft. Der Antrag Rickert wird abgelehnt und § 63 nach den Beschlüssen zweiter Lesung angenommen.

S. 71, welcher die Zwangsbefugnisse der königlichen Kommissarien für die bischöfliche Vermögensverwaltung regelt, beantragt Abg. Bachem aus allgemeiner Antipathie gegen dieses provisorische Institut des sogenannten Vermögensbischofs zu freieichen, wogegen ihn der Regierungskommissar Geh. Rath v. Brauchitsch aus formellen Gründen für notwendig erklärt. Derselbe wird angenommen, ebenso ohne Debatte die §§ 72–77.

Um 3½ Uhr vertagt sich das Haus bis Dienstag 11 Uhr. (Fortsetzung der heutigen Verathung und dritte Lesung des Verwaltungsgesetzes.)

* Nach Schluß der heutigen Sitzung fand die Wahl der aus 21 Mitgliedern bestehenden Kommission zur Vorberathung des Gesetzentwurfs betreffend die Abänderungen der kirchenpolitischen Geseze statt. Es wurden gewählt: v. Rauchhaupt, v. Wedell-Malchow, Dr. Grimm, v. Hammerstein, Graf Limburg-Stirum (konservativ), Graf Wintzingerode, v. Leditz-Reufkirch, Schmidt-Sagan (freikonservativ), v. Beninghoff, Greif, v. Cunne, Weber (Erfurt), Kirche (nationalliberal), Kloß, Bergenthal (Fortschritt), Windthorst, v. Schorlemer-Alst, Brügel, Neichenberger (Köln), Dr. Franz und von Stahlofski (Zentrum). Die Kommission hat sich unter dem Vorsitz des Abgeordneten v. Rauchhaupt konstituiert; sein Stellvertreter ist Abgeordneter Schmidt (Sagan). Zu Schriftführern sind gewählt die Abgeordneten Graf Limburg-Stirum, v. Hammerstein und Dr. Franz.

Politische Übersicht.

Posen, den 1. Juni.

Heute wird das Abgeordnetenhaus das Verwaltungs-Organisationsgesetz erledigen und kann sich dann unbehindert von anderen Geschäften der Verathung der kirchenpolitischen Vorlage widmen. Die Plenarsitzungen werden für eine Reihe von Tagen ausgezögert werden. Die Kommission für das kirchenpolitische Gesetz ist gestern gewählt worden. Sie besteht aus 5 Konservativen, 3 Freikonservativen, 6 vom Zentrum (einschließlich eines Polen), 5 Nationalliberalen, 2 von der Fortschrittspartei. Für Berechnungen und Mithmaßungen über den Gang und das Ergebnis der Verathungen in der Kommission liegen noch wenig verlässliche Anhaltspunkte vor. Die Konservativen verfügen mit Hilfe des Zentrums, selbst ohne die Mitwirkung der Freikonservativen, über eine kleine Mehrheit in der Kommission, und das Gefühl ist weit verbreitet, daß der Gesetzentwurf schließlich von dieser Majorität in der Kommission vereinbart wird und dann jedenfalls in einer noch in pejus reformierten Gestalt. Die Nationalliberalen haben dadurch, daß sie fast insgesamt gegen die Kommissionsberathung stimmten, kundgegeben, daß sie sich von Amendirungsversuchen nichts versprechen. Es müßten sehr einschneidende Abänderungen vorgenommen werden, wenn man noch an der Möglichkeit festhält, das Gesetz mittels einer konservativ-nationalliberalen Mehrheit zu Stande zu bringen.

Man nimmt an, daß die zweite Lesung spätestens am 13. d. M. und zwar an der Hand eines schriftlichen Berichts beginnen und 2 bis 3 Tage während wird.

Briefe und Zeitungsberichte.

C. Berlin, 31. Mai. [Zur kirchenpolitischen Lage.] Die Nachwahlen. Die abgesetzten Bischöfe. Die Artikel, welche verschiedene konservative Abendblätter, so die „Kreuzzeitung“ und die „Post“, über die Ausichten des kirchenpolitischen Gesetzentwurfs bringen, zeigen, daß

im konservativen und Regierungs-lager dieselbe Unsicherheit über den Ausgang herrscht, wie unter den Liberalen; von Interesse ist aber, daß die „Kreuzzeitung“ mit aller Bestimmtheit die Gerüchte, wonach Fürst Bismarck bei der Ablehnung des Entwurfs entweder die Auflösung beantragen oder seine Demission geben würde, als „entschieden unwahr“ bezeichnet. Wir haben schon vor einigen Tagen, als diese Gerüchte durch einen großen Theil der Presse gingen, ihre Haltlosigkeit behauptet. Auch die „Post“ bringt eine Notiz, welche, allerdings in etwas seltsamer Ausdrucksweise, in Abrede zu stellen scheint, daß irgend welche tief greifenden Folgen von dem Scheitern des Gesetzentwurfs zu erwarten seien. Fürst Bismarck, so schreibt sie, beabsichtige, „bei einer Verwerfung der Vorlage alsdann den unvermeidlichen schweren Konflikt thunlich zu vermeiden“. Wie man einen „unvermeidlichen“ Konflikt „vermeiden“ kann, ist allerdings nicht recht klar; so viel aber scheint sicher, daß auch hier angedeutet werden soll, der Kanzler werde die Abwerfung der Vorlage mit ziemlicher Gelassenheit hinnehmen. Daß er keinesfalls eine Auflösung für zweckmäßig erachtet würde, ergibt sich bei jeder näheren Betrachtung der während der letzten Zeit stattgehabten Auseinandersetzungen, welche andauernd Gegenstand der Erörterung in allen Parteilagern sind, denn Niemand kann sich dem Eindruck verschließen, daß diese Wahlen durchweg eine Verschiebung der öffentlichen Meinung nach links hin konstatieren. Am meisten wird in dieser Beziehung noch immer die eklante Niederlage des langjährigen Vertreters der Stadt Kassel, Dr. Bähr, gegen den Kandidaten der Fortschrittspartei kommentiert, und in der That ist der glänzende Sieg des letzteren in dem „militärischen“ Kassel, wo es noch vor wenigen Jahren ein erfolgloses Unternehmen gewesen wäre, ein Mitglied des linken Flügels der nationalliberalen Partei aufzustellen, so charakteristisch wie möglich. Aber auch die in den letzten Tagen eingegangenen Wahlnachrichten sind bezeichnend. Im Fürstenthum Schwazburg-Sondershausen hat bekanntlich Rechtsanwalt Lippe, wenngleich noch eine Stichwahl erforderlich ist, doch die meisten Stimmen erhalten, während der bisherige Vertreter des Wahlkreises konservativ war. Der Ausfall dieser Nachwahl wird noch dadurch besonders kolorirt, daß, wie man hört, zuerst den Leitern der dortigen liberalen Wahlbewegung ein in Dresden wohnhaftes Mitglied des rechten Flügels der nationalliberalen Partei vorgeschlagen, von diesem aber entschieden zurückgewiesen worden war; Herr Lippe gehört bekanntlich zu dem Forckenbeck-Lasker'schen Kreise. Zu diesem hatte sich auch Rechtsanwalt Bölfel, das frühere Mitglied des Reichstags, bekannt, welches bei der Ersatzwahl im dritten Merseburger Wahlkreise allerdings gegen den konservativen Herrn v. Seydewitz unterlegen ist, aber die Zahlen dieser Nachwahl zeigen gleichfalls die Verschiebung nach links. Am 30. Juli 1878 erhielt in jenem Wahlkreise der konservative Kandidat rund 8000, der nationalliberale rund 3000 Stimmen, der erstere wurde also mit einer Majorität von 5000 Stimmen gewählt, während er jetzt noch keine Majorität von 1000 Stimmen erreicht hat. Die Zahl der konservativen Wähler ist von 8000 auf 4400 zurückgegangen, die der nationalliberalen von 3000 auf 4000 gewachsen. — Betreffs der Bischöfe, auf welche eventuell der vielfach besprochene Artikel 4 der kirchenpolitischen Vorlage Anwendung finden soll, gehen die Ansichten auseinander. Am nächsten liegt die hier und da als Thatsache dargestellte Version, daß es sich zuvor der Konflikt um den abgefeierten Fürstbischof Förster von Breslau handle, da dieser am Hofe eine besonders beliebte Persönlichkeit gewesen und andererseits verhältnismäßig am wenigsten kompromittiert ist. Er hat, so lange in seinem breslauer fürstbischöflichen Palais Pfändungsobjekte vorhanden, sich für die gegen ihn erkauften Geldstrafen auszufänden lassen und hat sich dann in aller Stille nach dem österreichischen Theil seiner Diözese entfernt. Indes gerade wegen dieser Umstände soll nach einer anderen, gut begründeten Darstellung es sich bei dem Art. 4 nicht in erster Reihe um Herrn Förster handeln. Die Kurie, so sagt man, lege gerade auf seine Rückberufung am wenigsten Wert, weil er nicht blos von seinem Schloß Johannishof aus tatsächlich den preußischen Theil seiner Diözese in aller Bequemlichkeit „regiert“, sondern in dem österreichischen Theil auch anerkannter Bischof ist, während eben der behaglichen Verhältnisse wegen, in welchen sich Herr Förster befindet, auch seine Gönner am liebsten Hofe sich nicht gerade besonders lebhaft für ihn echauffiren sollen. Dagegen soll es sowohl seitens der Kurie, als der auf „Verjährung“ mit dem Klerikalismus hindringenden Hofpartei in erster Reihe auf die Rückberufung des früheren Erzbischofs Melchers von Köln abgesehen sein, während allerdings von dem Grafen Ledochowski zur Zeit nicht die Rede ist. Wir sagen absichtlich „zur Zeit“, denn was Alles möglich sein würde, wenn der kirchenpolitische Entwurf erst Gesetz geworden wäre, läßt sich nicht vorhersagen.

Locales und Provinzielles.

Posen, 1. Juni.

r. [Bei Toaste.] Am 18. d. M. fand in Bielefeld der 5. westfälische Lehrertag statt. Demselben reichte sich ein Festdiner an, bei welchem Regierungspräsident v. Ichhorn den Toaste auf den Kaiser ausbrachte, während Regierungs- und Schulrat Hielsherr aus Minden zwei Toaste dem früheren Kultusminister Dr. Falk und dem Lehrerstande widmete. Herr Hielsherr hat mehrere Dezennien der Stadt Posen als Bürger angehört, indem er Anfangs Lehrer an dem königl. Friedrich-Wilhelms-Gymnasium war, und dann im Jahre 1858 mit der Leitung der ersten Simultan-Volksschule unserer Stadt, der damals gegründeten städtischen Mittelschule betraut wurde. Als Rektor hat derselbe sich außerordentliche Verdienste um das Simultan-Schulwesen in unserer Stadt erworben, und wurde im Anfang der Falkschen Aera von hier als Regierungs- und Schulrat nach Minden versetzt, wo der überzeugungstreue, fampfesmuthige Mann von den Ultramontanen und auch den Orthodoxen Westfalens seitdem aufs Hestigste angefeindet worden

ist. Das Regierungs- und Schulrat Hielsherr auch jetzt unter der veränderten Strömung, die Erinnerung an den fröhlichen Kultusminister wach hält und seine bisherige Überzeugung nicht verleugnet, beweisen jene beiden, von ihm ausgebrachten Toaste, deren Wortlaut wir der „Mindener Zeitung“ entnehmen. Der erste Toaste lautete:

„Es geziemt sich für uns, daß wir die Jugend, die Zukunft des Vaterlandes auf dem Herzen tragen, heute in Verehrung und Dankbarkeit des Mannes zu gedenken, der als Minister des Unterrichts die preußischen Schulen auf dem Herzen getragen hat, wie wenige in Lande, und dessen Name in der Geschichte der Entwicklung und Förderung der preußischen Schule genannt werden wird für alle Zeiten; des Mannes, der die Hemmungen der Wirksamkeit der Schule erkannt und zu beseitigen gesucht hat, der den Gedanken des preußischen Landrechts, daß die Schule eine Veranstaltung des Staates ist, zum Heile des Landeskinder wieder lebendig gemacht und zur Ausführung gebracht hat in dem Schulaufsichtsgesetz vom 11. März 1872, des Mannes, der nicht blos die Schulaufsicht geordnet, sondern mit warmem Herzen auch für die Schulpflege gesorgt hat, indem er an die Stelle der durch ihre Misserfolge gerichtete Regulative (Lebhafte Beifall) die allgemeinen Bestimmungen gesetzt hat, welche, wenn sie ausgeführt werden, so Gott will, der preußischen Schule den Ruf und den Ruhm wiedergeben werden, welchen dieselbe vor dem Erlass jener Regulative gehabt hat (Bravo!). Des Mannes wollen wir gedenken, der auch seiner gedachte, welche die Schularbeit thun müssen, indem er die zulässige Zahl der einem Lehrer zu derselben Zeit und in demselben Raum zu überweisen den Kinder auf ein vernünftiges Maß befrankte und — indem er ihnen Brot gab. (Wiederholter lebhafte Beifall.) Des Mannes lassen Sie uns gedenken, der in einer Steigerung der Bildung des Lehrerstandes das richtige Mittel sah, den Gemeinden Lehrer zu geben für ihre Schulen, deren Arbeit die Schülern erträglich machen in dem Gedanken, daß eine gute Schule allem eine Wohlthat ist für jedes Gemeinwesen. In einer so schnelllebigen Zeit, wie die unsre ist, und einer Zeit, in welcher jeder Tag neue Fragen bringt, welche die Aufmerksamkeit auf sich ziehen, und mit den neuen Fragen auch neue Sorgen, in einer Zeit, in welcher die Geister, die lange Zeit das Licht haben scheuen müssen, meinen, daß ihre Zeit wiedergekommen sei (Bravo!), die sich nicht scheuen, selbst mit Lügen der Wahrheit entgegenzutreten, die sich nicht scheuen, selbst das Rechte und Beste und die Reinsten und die Besten zu verunglimpfen — in einer solchen Zeit ist es nicht überflüssig, die Erinnerung wach zu halten an einen Mann, der königlich und vaterlandstreuer immerdar hoch gehalten hat das Panier der Wahrheit und des Rechts, des Lichts der wahren Gottesfurcht. (Lebhafte stürmischer Beifall.) Ein volles Glas und ein kräftiges Hoch dem Minister Dr. Falk!“

Als Antwort auf einen von Herrn Rektor Dietlein aus Dortmund auf Herrn Hielsherr ausgebrachten Toaste hielt letzterer dann folgende zweite Ansprache:

„Wenn Herr Dietlein gesagt hat, daß ich aus dem Lehrerstande hervorgegangen sei, so ist das nicht ganz richtig. Ich meine, ich bin im Lehrerstande gebüllt (Bravo!), dem ich mit jeder Faser meines Herzens angehöre, so lange ich lebe. (Bravo!) Ich meine, es gibt keinen Beruf, in dem man Freudekeit des Berufs in dem Maße fennen und empfinden kann, als im Lehrerberuf. Ich habe es ja, nachdem ich 25 Jahre in der Schule gearbeitet habe, erfahren, wie es in einem anderen Beruf ist, und ich darf es sagen, niemandem zu Liebe und niemandem zu Leid: in der Schule, in dem unmittelbaren Berufe mit der unverdorbenen Jugend, vor den frischen Augen und frohen Herzen der Kinder, da ist es einem wohler und freudiger zu Mutter als hinter den Alten. Die Freudekeit hat, meine ich, kein Gleich eines anderen Berufs, als der Lehrer. Wer in einem anderen Beruf steht, hat es immer mit Erwachsenen zu thun, und unter denen sind nun von Berufsfreude gesprochen habe, so ist das eben keine Phrase. Ich darf verichern, daß ich Jahre lang ein wahres Heimweh gehabt habe nach der Schule und nach der Jugend, und daß, meine glücklichen Tage im Jahre immer die sind, an denen ich in einer Schule trete und wieder mit Kindern und Lehrern verkehren kann. Also bin ich nicht aus dem Lehrerstande getreten, ich bleibe ihm treu und bleibe auch der Schule treu. Andererseits darf ich dem aber auch hinzufügen, daß an einem solchen Tage, wie am heutigen, der sich ja unvermerkt zu einem Feiertage und zu einer Art von Handlung für Lehrerstand und Schule gestaltet, wir uns nicht verzweigen dürfen, daß wir noch gar sehr viel zu thun haben, und daß keineswegs alles so ist, wie es an solchen Festen im rostigen Licht erscheint. Es leistet nicht jede Schule das, was man ihr gehört, und es leistet auch nicht jeder Lehrer das, was man von ihm erwartet, und es leistet auch nicht jeder Lehrer das, was man von ihm gehört, und es leistet auch nicht jeder Lehrer das, was man von ihm erwartet. Solche Vereinigungen, wie diejenige, in der wir uns heute befinden, sollen ja dazu beitragen, die Freudekeit im Beruf und das Pflichtgefühl zu stärken und jeden einzelnen zu mahnen, daß er des Lobes, welches dem Stande als solchem und der Schule als solcher gespendet wird, an seinem Theile sich würdig mache. Also, meine Herren, die heutige Tag und die freundlichen Worte, die an uns heute gerichtet worden sind, die sollen uns ein neuer Sporn sein, den Eltern unserer Schüler und den Gemeinden, in denen wir stehen, und dem Staate das zu sein, was wir sein sollen, wenn die Schule ihre Aufgabe erfüllen soll. (Bravo!) Sie wissen alle, es wird einem fast schwer zu sagen, welch schwerer Vorwurf dem preußischen Lehrerstande gemacht worden ist — es bringt ja die Röthe der Scham wohl auf jeder Wange. Es erwächst daraus doppelt für uns die Pflicht, zu zeigen, daß der Vorwurf in dem Umfang nicht begründet gewesen ist. Der Lehrerstand zählt einen Bestand treuer, tüchtiger, braver und ausgesuchter Männer. Die Zahl derer, die den Ämter übernommen, die an die Lehrer gestellt werden, nicht entsprechen, ist im Vergleich zu der großen Zahl der Lehrer eine kleine und gerade nicht größer, als in anderen Berufen, und ich meine, wir sollen und dürfen es aussprechen, daß dieser Vorwurf in dem Umfang und an der Stelle vielleicht nicht verdient gewesen ist. (Lebhafte Beifall.) Wir wollen aber den Entschluß fassen, alles zu thun, um derartige Vorwürfe Aussprüche zu Schanden zu machen dadurch, daß wir immer tüchtigeres leisten, immer mehr die Zufriedenheit derer zu erringen, die über die Lehrer zu urtheilen haben, und immer mehr den Dank der Eltern verdienen, deren Kinder aus der Schule hervorgehen. Diejenigen Lehrer, die in dieser Weise ihre Schuldigkeit thun, uns es ist die große, große Mehrzahl, die eine Zierde des Lehrerstandes sind und diesen Stand zu einem Ehrenstand machen, die sollen hoch leben. Die tüchtigen, treuen, fleißigen, braven Lehrer, sie leben hoch.“

Die „Mindener Zeitung“ bemerkt hierzu: „Das sind die Worte, die Herr Regierungs- und Schulrat Hielsherr bei seinem Festessen gesprochen, und welche die Parteigänger Roms und der Berliner Prediger mit so hoher Erbitterung erfüllten. Sie freuen uns dieser Worte, denn sie legen offen und deutlich das Klar, was in den Herzen des deutschen Lehrerstandes — eine verschwindend kleine Minorität ausgenommen — schlummert, und nur durch die Sorge für Weib und Kind, für die bürgerliche Existenz gehindert, nicht den Weg in die Offenlichkeit findet. Des Charakterschwachen Sachen ist es, Meinungen zu wechseln nach Gunst oder Ungunst; der Guten aber, das Gedächtnis wackerer Thaten zu hegen und zu pflegen. Und solcher Männer, die sich nicht scheuen, Zeugniß von dem zu geben, was ihr Inneres erfüllt, giebt es Gottlob noch im deutschen Lande!“

r. Bei der Frohleihnaus-Prozession, welche Montag Abends von 5½ bis 6½ Uhr von der St. Martinskirche aus nach dem Hause

gegenüber der Bäckerstraße, von da zurück bis zum Petriplatz, und von dort dann wieder nach der St. Martinskirche stattfand, kamen gleichfalls keine berittenen Gendarmen zur Verwendung, wie dies im vorigen Jahre der Fall gewesen war. Zur Aufrechterhaltung der Ordnung waren Polizeioffiziere und Schutzmänner unter Leitung des Polizei-Inspectors Glasemann thätig. Die Fußgänger-Passage sollte an der Nordseite der St. Martinsstraße aufrecht erhalten werden; doch gelang dies zeitweise, besonders wenn die große Menge mit den Geistlichen unter dem Baldachin anfiel, trotz aller Bemühungen der Beamten, nicht, indem alsdann der Bürgersteig von der Menge überstutet wurde. Ein anständiger gefleideter Theilnehmer an der Prozession ließ es sich bekommen, einem etwa 12-jährigen Knaben, der den Hut auf dem Kopfe behielt, den ersten herabzuschlagen; es wurde dies aber sofort von einem Polizeibeamten bemerkt und der Mann verhaftet.

r. Die Marktpolizei hat am Sonnabend Rindfleisch, welches von auswärtigen Fleischern hier eingebroacht war, mit Beschlag belegt und vernichtet, da es bereits in Verwendung übergegangen war.

r. Rostkrankheit. Unter den Pferden eines biesigen Droschkenhalters ist die Rostkrankheit ausgebrochen; eines derselben ist getötet worden, bei den übrigen wird der Verlauf der Krankheit genau beobachtet.

Telegraphische Nachrichten.

Berlin, 31. Mai. Am 29. d. M. fanden unter dem Vorsitz des Staatsministers Hofmann zwei Plenarsitzungen des Bundesrates statt. In der Vormittagsitzung wurde die erste Berathung über die Dienstvorschriften betreffend die Besteuerung des Tabaks, sowie der Regulative für die Niederlagen von unversteuertem inländischen Tabak und für die Kreditierung der Tabaksgewichtssteuer fortgesetzt und zu Ende geführt. Die Dienstvorschriften und das Niederlageregulativ wurden sofort auch in zweiter Berathung festgestellt, während besüglich des Kreditregulativs die zweite Berathung vorbehalten blieb. — In der folgenden Sitzung gelangten die Bestimmungen für die am 1. Dezember d. J. vorzunehmende Volkszählung zur Berathung. Berichterstatter war der Staats-Freiherr v. Spizemberg. Es wurde beschlossen, die von einer Konferenz der Vorstände deutscher statistischer Centralstellen gemachten Vorschläge wegen Ausdehnung der Volkszählung auf die Bevölkerung der in ausländischen Häfen befindlichen deutschen Seeschiffe, wegen Ermittelung der zu Wohnzwecken bestimmten unbewohnten Gebäude, und der von den einzelnen Haushaltungen landwirtschaftlich benutzten Flächen, sowie den Antrag auf Verbindung einer Viehzählung mit der Bevölkerungsaufnahme — nicht zu genehmigen. Im Übrigen wurden die Bestimmungen über die Volkszählung nach den Vorschlägen der gedachten Konferenz, in erster und zweiter Berathung festgestellt. Auf den Vortrag des Ministerresidenten Dr. Krüger erklärte die Versammlung sich damit einverstanden, daß auf der Grundlage eines von dem Präsidium vorgelegten Entwurfes eine Zusammenfassung der in der Donau mündenden "Schiffahrtsalte für die Donaumündungen" zwischen Deutschland und den übrigen in der Donaukommission vertretenen Mächten abgeschlossen werde. Weiter wurde noch über das Pensionsverhältnis eines Kadettenlehrers Besluß gefaßt und über die geschäftliche Behandlung der neuerdings eingegangenen Petitionen Bestimmung getroffen.

Magdeburg, 31. Mai. Se. K. K. Hoheit der Kronprinz traf heute Nachmittag 3 Uhr zur Besichtigung der landwirtschaftlichen Provinzialausstellung hier ein. Vom Bahnhofe aus begab sich Se. K. K. Hoheit, von der die Straßen füllten Menschenmenge überall mit jubelnden Zurufen begrüßt, nach dem Ausstellungsplatze. Der Kronprinz besichtigte die einzelnen Abteilungen der Ausstellung in eingehender Weise und sprach sich sehr huldvoll und anerkennend über den Umfang und die Reichhaltigkeit der Ausstellung aus. Um 6 Uhr fand bei dem Oberpräsidenten ein Diner statt, nach dessen Beendigung Se. K. K. Hoheit die Rückreise nach Berlin antrat.

Wien, 31. Mai. Meldungen der "Polit. Kor." Auskunft: Der Fürst von Rumänien und der Fürst von Bulgarien sind persönlich bemüht, den Konflikt auszugleichen, welcher zwischen ihren Regierungen ausgebrochen ist. Der rumänische Agent Sturza wird demnächst nach Sofia zurückkehren, um das Versöhnungswerk mit Nachdruck zu betreiben. — Auskunft: In einer am 29. d. M. stattgehabten Konferenz des Komites der Liga mit den Bergstämme wurde beschlossen, ein neues Memorandum an die Konsuln zu richten. In Folge der von dem Komite der Liga auferlegten großen Kontributionen herrscht große Unzufriedenheit; auch die muhammedanischen Albañen und die mit großer Uebermacht auftretenden katholischen Bergstämme sind uneinig.

Rio de Janeiro, 30. Mai. Die chilenischen Truppen haben Tacna (im südlichen Peru) eingenommen und sind in raschem Vormarsch auf Arica.

Verantwortlicher Redakteur: H. Bauer in Pozen. — Für den Inhalt der folgenden Mittheilungen und Insertate übernimmt die Redaktion keine Verantwortung.

Stettiner Waarenbericht.

Stettin, 29. Mai. Das Waaren-Geschäft am biesigen Platze war in der vergangenen Woche sehr still, Umtäke von Belang fanden nur in Schätz und Heringen statt, während alle anderen Artikel ziemlich ohne Beachtung blieben.

Petroleum. Die Stimmung des Marktes war beim Beginn der Woche in Folge guter Frage nach Loco-Waare ziemlich fest und Preise behauptet. Loko 7,30 M. trans. bez.

Der Lagerbestand war am 20. Mai d. J. angekommen sind von Amerika

Versand vom 20. bis 27. Mai d. J.

Lagerbestand am 27. Mai d. J.

gegen Lagerbestand am 17. Mai d. J. 10,305 Brls.

gegen Lagerbestand am 17. Mai d. J. 10,305 Brls.

gegen Lagerbestand am 17. Mai d. J. 10,305 Brls.

gegen Lagerbestand am 17. Mai d. J. 10,305 Brls.

gegen Lagerbestand am 17. Mai d. J. 10,305 Brls.

gegen Lagerbestand am 17. Mai d. J. 10,305 Brls.

gegen Lagerbestand am 17. Mai d. J. 10,305 Brls.

gegen Lagerbestand am 17. Mai d. J. 10,305 Brls.

gegen Lagerbestand am 17. Mai d. J. 10,305 Brls.

gegen Lagerbestand am 17. Mai d. J. 10,305 Brls.

gegen Lagerbestand am 17. Mai d. J. 10,305 Brls.

gegen Lagerbestand am 17. Mai d. J. 10,305 Brls.

gegen Lagerbestand am 17. Mai d. J. 10,305 Brls.

gegen Lagerbestand am 17. Mai d. J. 10,305 Brls.

gegen Lagerbestand am 17. Mai d. J. 10,305 Brls.

gegen Lagerbestand am 17. Mai d. J. 10,305 Brls.

gegen Lagerbestand am 17. Mai d. J. 10,305 Brls.

gegen Lagerbestand am 17. Mai d. J. 10,305 Brls.

gegen Lagerbestand am 17. Mai d. J. 10,305 Brls.

gegen Lagerbestand am 17. Mai d. J. 10,305 Brls.

gegen Lagerbestand am 17. Mai d. J. 10,305 Brls.

gegen Lagerbestand am 17. Mai d. J. 10,305 Brls.

gegen Lagerbestand am 17. Mai d. J. 10,305 Brls.

gegen Lagerbestand am 17. Mai d. J. 10,305 Brls.

gegen Lagerbestand am 17. Mai d. J. 10,305 Brls.

gegen Lagerbestand am 17. Mai d. J. 10,305 Brls.

gegen Lagerbestand am 17. Mai d. J. 10,305 Brls.

gegen Lagerbestand am 17. Mai d. J. 10,305 Brls.

gegen Lagerbestand am 17. Mai d. J. 10,305 Brls.

gegen Lagerbestand am 17. Mai d. J. 10,305 Brls.

gegen Lagerbestand am 17. Mai d. J. 10,305 Brls.

gegen Lagerbestand am 17. Mai d. J. 10,305 Brls.

gegen Lagerbestand am 17. Mai d. J. 10,305 Brls.

gegen Lagerbestand am 17. Mai d. J. 10,305 Brls.

gegen Lagerbestand am 17. Mai d. J. 10,305 Brls.

gegen Lagerbestand am 17. Mai d. J. 10,305 Brls.

gegen Lagerbestand am 17. Mai d. J. 10,305 Brls.

gegen Lagerbestand am 17. Mai d. J. 10,305 Brls.

gegen Lagerbestand am 17. Mai d. J. 10,305 Brls.

gegen Lagerbestand am 17. Mai d. J. 10,305 Brls.

gegen Lagerbestand am 17. Mai d. J. 10,305 Brls.

gegen Lagerbestand am 17. Mai d. J. 10,305 Brls.

gegen Lagerbestand am 17. Mai d. J. 10,305 Brls.

gegen Lagerbestand am 17. Mai d. J. 10,305 Brls.

gegen Lagerbestand am 17. Mai d. J. 10,305 Brls.

gegen Lagerbestand am 17. Mai d. J. 10,305 Brls.

gegen Lagerbestand am 17. Mai d. J. 10,305 Brls.

gegen Lagerbestand am 17. Mai d. J. 10,305 Brls.

gegen Lagerbestand am 17. Mai d. J. 10,305 Brls.

gegen Lagerbestand am 17. Mai d. J. 10,305 Brls.

gegen Lagerbestand am 17. Mai d. J. 10,305 Brls.

gegen Lagerbestand am 17. Mai d. J. 10,305 Brls.

gegen Lagerbestand am 17. Mai d. J. 10,305 Brls.

gegen Lagerbestand am 17. Mai d. J. 10,305 Brls.

gegen Lagerbestand am 17. Mai d. J. 10,305 Brls.

gegen Lagerbestand am 17. Mai d. J. 10,305 Brls.

gegen Lagerbestand am 17. Mai d. J. 10,305 Brls.

gegen Lagerbestand am 17. Mai d. J. 10,305 Brls.

gegen Lagerbestand am 17. Mai d. J. 10,305 Brls.

gegen Lagerbestand am 17. Mai d. J. 10,305 Brls.

gegen Lagerbestand am 17. Mai d. J. 10,305 Brls.

gegen Lagerbestand am 17. Mai d. J. 10,305 Brls.

gegen Lagerbestand am 17. Mai d. J. 10,305 Brls.

gegen Lagerbestand am 17. Mai d. J. 10,305 Brls.

gegen Lagerbestand am 17. Mai d. J. 10,305 Brls.

gegen Lagerbestand am 17. Mai d. J. 10,305 Brls.

gegen Lagerbestand am 17. Mai d. J. 10,305 Brls.

gegen Lagerbestand am 17. Mai d. J. 10,305 Brls.

gegen Lagerbestand am 17. Mai d. J. 10,305 Brls.

gegen Lagerbestand am 17. Mai d. J. 10,305 Brls.

gegen Lagerbestand am 17. Mai d. J. 10,305 Brls.

gegen Lagerbestand am 17. Mai d. J. 10,305 Brls.

gegen Lagerbestand am 17. Mai d. J. 10,305 Brls.

gegen Lagerbestand am 17. Mai d. J. 10,305 Brls.

gegen Lagerbestand am 17. Mai d. J. 10,305 Brls.

gegen Lagerbestand am 17. Mai d. J. 10,305 Brls.

gegen Lagerbestand am 17. Mai d. J. 10,305 Brls.

gegen Lagerbestand am 17. Mai d. J. 10,305 Brls.

gegen Lagerbestand am 17. Mai d. J. 10,305 Brls.

gegen Lagerbestand am 17. Mai d. J. 10,305 Brls.

gegen Lagerbestand am 17. Mai d. J. 10,305 Brls.

gegen Lagerbestand am 17. Mai d. J. 10,305 Brls.

gegen Lagerbestand am 17. Mai d. J. 10,305 Brls.

gegen Lagerbestand am 17. Mai d. J. 10,305 Brls.

gegen Lagerbestand am 17. Mai d. J. 10,305 Brls.

gegen Lagerbestand am 17. Mai d. J. 10,305 Brls.

gegen Lagerbestand am 17. Mai d. J. 10,305 Brls.

gegen Lagerbestand am 17. Mai d. J. 10,305 Brls.

gegen Lagerbestand am 17. Mai d. J. 10,305 Brls.

gegen Lagerbestand am 17. Mai d. J. 10,305 Brls.

gegen Lagerbestand am 17. Mai d. J. 10,305 Brls.

gegen Lagerbestand am 17. Mai d. J. 10,305 Brls.

gegen Lagerbestand am 17. Mai d. J. 10,305 Brls.

gegen Lagerbestand am 17. Mai d. J. 10,305 Brls.

<p

Produkten - Börse.

Berlin, 30. Mai. Wind: N. Wetter: Bewölkt.
 Weizen per 1000 Kilo loko 207—240 M. nach Qualität gefordert, W. Poln. m. Ger. 216 M. a. B. bez., feiner gelber Märkischer — M. ab Bahn bezahlt, per Mai 225 M. bezahlt, per Mai-Juni 224—224½—223½ M. bezahlt, per Juni-Juli 221½—222—222½ M. bez., per Juli-August 209—210—208½ M. bez., per September-Oktober 205—205½—205 M. bez., per November-Dezember — bez. Gefündigt 8000 Zentner. Regulierungspreis 224½ Mark. — Roggen per 1000 Kilo loko 183—196 M. nach Qualität gefordert, Russ. — a. B. bez., inländischer 190 bis 194 M. ab Bahn bez. Hochfein — M. ab B. bez., feiner — M. ab Bahn bezahlt, per Mai 187—7½ M. bez., per Mai-Juni 182½ bis 184 bis 181½ bis 182 M. bez., per Juni-Juli 174½—175½—174½—174 M. bez., per Juli-August 169½—170½—169 bez., per Sept.-Oktober 166—8—7½ bez. — Gefündigt 4000 3tr. Regulierungspreis 187½ M. bez. — Gerste per 1000 Kilo loko 160—203 nach Qualität gefordert. — Hafer per 1000 Kilo loko 150 168 nach Qualität gefordert, Russischer 150—160 bez., Pommerscher 162—164 bez., Ost- und Westpreußischer — bez., Schlesischer 162—164 bez., Böhmisches 162—163 bezahlt, Galizischer — bez., per Mai 153 bez., per Mai-Juni 152 M. bez. und Br., per Juni-Juli — M. bez., per Juli-August 150½—151½ M. per August-Sept. — bez., per Sept.-Oktober 148 M. bez. und Br. Gefündigt 5000 Zentner. Regulierungspreis 153 bez. — Erbsen per 1000 Kilo Kochwaare 171—205 Pf., Futterwaare 163—170 M. — Mais per 1000 Kilo loko 135—138 bez., nach Qualität. Rumänischer — ab Bahn bez., Amerikan. 136½ ab Kahn bez. — Weizenmehl per 100 Kilo brutto, 00: 31,50—29,00 M., 0: 29,00—28,00 M., 0/1: 28,00—26,00 M. — Roggengemehl incl. Saat, 0: 26,50—25,50 M., 0/1: 25,25 bis 24,25 M., per Mai 25,40 bei., per Mai-Juni 25,25—25,15 S./D. bez., per Juni-Juli

Berlin, 31. Mai. In Wien ist die Haltung ermattet, und in Paris gilt die Spekulation für überladen. Im übrigen fehlte am heutigen Tage Anregung fast ganz und es war daher der Haussparthe nicht möglich, die feste Haltung, welche noch am Schluss der Sonnabendsbörse geherrscht hatte, auf den Anfang der heutigen Börse zu übertragen. Aus Österreich-Ungarn wurden zwar günstige Entwicklungsangaben gemeldet; aber die wenig erfreulichen Nachrichten über den hiesigen Saatenstand, unter denen die Produktenbörse die Getreidepreise herauftiefe, verstimmten. Kredit-Aktien verloren 2 M., Disk.-Komm.-Anth. $\frac{1}{2}$ pCt., und die Bergwerkspapiere lagen unter der Füh-

Fonds- u. Aktien-Börse.

Berlin, den 31. Mai 1880.	Pomm. III. rfs. 100	5	98,90	bzG
Preußische Fonds- und Geld-Course.	Pr. B.-C.-G.-Br. rs. 5		108,50	bzG
Sonsol. Anleihe 4½ 105,90 B	do. do. 100	5	103,10	bzG
do. neue 1876 4 99,90 bzB	do. do. 115	4½	105,75	bzG
Staats-Anleihe 4 99,90 bz	Pr. C.-B.-Psfdr. fd. 4½		100,60	bz
Staats-Schuldsch. 3½ 96,60 bz	do. unf. rüdfz. 110	5	112,50	bz
Od.-Deichh.-Obl. 4½	do. (1872 u. 74) 4½			
Berl. Stadt-Obl. 4½ 103,75 G	do. (1872 u. 73) 5			
do. do. 3½ 94,00 G	do. (1874) 5			
Schuldv. d. B. Kfm. 4½ 101,75 G	Pr. Hyp.-A.-B. 120	4½	103,75	bzG
Pfan d brie fe:	do. do. 110	5	106,00	B
Berliner 5 108,00 G	Schles. Bod.-Cred. 5		104,50	bzG
do. 4½ 103,90 bzB	do. do. 4½		104,60	G
Landsch. Central 4 99,70 bz	Steitiner Nat. Hyp. 5		101,00	G
Kur- u. Neumärk. 3½ 93,00 G	do. do. 4½		100,00	bzG
do. neue 3½ 91,90 bz	Kruppsche Obligat. 5		108,00	B
do. 4 100,30 G				

do.	4	100,30	G	Ausländische Fonds.
do.	neue	4½		
M. Brandha. Fred		4		Amerik. rcf. 1881 16 100,00

N. Brandbg. Ord.	4		do.	do.	1885	6	
Ostpreußische	3½	91,60	B	do.	Bds. (fund.)	5	
do.	4	99,60	B	Norweger Anleihe	4½	100,90 G	
do.	4	101,70	B	Newyor. Std.-Anl.	6	101,50 G	
Pommersche	3½	91,60	G	Dester. Goldrente	4	117,80 bz	
do.	4	99,70	G	do.	Pap.-Rente	4½	76,50 bz
do.	4½	102,79	bzB	do.	Silber-Rente	4½	62,50 bzB
Posensche, neue	4	99,75	bzG	do.	250 fl. 1854	4	63,00 bzB
Sächsische	4	100,00	G	do.	Cr. 100 fl. 1858	—	114,50 bzB
Schlesische altl.	3½		do.	Lott.-A. v. 1860	5	124,40 bzG	
do. alte A. u. C.	4½		do.	do. v. 1864	—	316,00 bzB	
do. neue A. u. C.	4		Ungar. Goldrente	6	92,00 bzG		
Weitpr. ritterisch.	3½	92,60	G	do.	St.-Eisb.Akt.	5	90,80 bz
do.	4	99,90	bzB	do.	Loose	—	215,90 bz
do.	4½	100,50	G	do.	Schätzsch. I.	6	
do. II. Serie	5		do.	do. kleine	6		
do. neue	4		do.	do. II.	6		
do.	4½	103,20	G	Italienische Rente	5		
Rentenbriefe:			do.	Tab.-Obig.	6		
Kurz- u. Neumärk.	4	100,30	bz	Münämier	8	109,10 bz	
Pommersche	4	100,10	G	Finnische Loose	—	49,90 bz	
Posensche	4	99,90	B	Russ. Centr.-Bod.	5	79,00 bzG	
Preußische	4	99,80	G	do Engl. A. 1822	5	86,90 bz	
Rhein- u. Westfäl.	4	100,00	G	do. do. A. v. 1862	5	87,80 bz	
Sächsische	4	100,00	bzG	Ruß.-Enal. Anl.	3		
	4	100,50					

Schlesische	4	100,50	bz	Russ. fund.	A. 1870	5	89,25	bz	
Souvereignes		20,38	bz	Russ. conf.	A. 1871	5	89,30	bzG	
20-Frankstücke		16,19	bz	do.	do.	1872	5	89,30	bzG
do. 500 Gr.				do.	do.	1873	5		
Dollars				do.	do.	1877	5	91,50	bzG
Imperials				do.	Boden-Credit		5	81,10	bzb
do. 500 Gr.		16,67	G	do.	Pr.-A. v.	1864	5	151,25	G
Fremde Banknoten		1392,50	bz	do.	do.	v. 1866	5	148,25	B
do. einlösbar. Leipz.				do.	5. A. Stieg.		5	62,00	bzG
Französl. Banknot.		80,90	B	do.	6. do.	do.	5	85,90	bzL
Desterr. Banknot.		172,50	bz	do.	Pol. Sch.-Ob.	4	4	81,50	B
do. Silbergulden		171,00	G	do.	do.	fleine	4		
Russ. Noten 100Rbl.		215,60	bz	Poln. Psdbr. III. G.		5	65,90	bzL	
Deutsche Bonds.				do.	do.		4		
P.-A. v. 55 a 100 Th.	3½	142,90	bz	do.	Liquidat.	4	56,70	bz	
Geff. Prtsch. a 40 Th.	—	283,00	bz	Türl. Anl. v.	1865	5	11,10	bz	
do. 25 Th. n. 67	4	122,40	bz	do.	do.	v. 1869	6		

Bair. Pram.-Anl.	4	134,60	bz	*) Wechsel-Course.
Braunschw. 20th.-L.	—	97,50	G	Amsterd. 100 fl. 8 L.
Brem. Anl. v. 1874	4	98,70	bz	do. 100 fl. 2 M.
Cöln.-Md.-Pr. Anl.	3½	133,30	bz	London 1 Lstr. 8 L.
Dess. St. Pr.-Anl.	3½	126,30	G	do. do. 3 M.
Goth. Pr.-Pfdbr.	5	119,75	bz	Paris 100 Fr. 8 L.
do. II. Abth.	5	119,50	bz	Blg. Bkp. 100 Fr. 3 L.
hb. Pr.-A. v. 1866	3	188,00	B	do. do. 100 Fr. 2 M.
Lübecker Pr.-Anl.	3½	185,50	bz	Wien öst. Währ. 8 L.
Mecklenb. Eisenbsch.	3½	91,30	bz	Wien öst. Währ. 2 M.
Reininger Looje	—	27,10	bz	Petersb. 100 R. 3 R.
do. Pr.-Pfdbr.	4	123,50	G	do. 100 R. 3 M.
Osnabrückan. Looje	—	152,75	bz	100 R. 2 M.

Oldenburger Boden	5	152,75	bz	Warschau	100 R. 8 T.	215,20	bz
D.-G.-C.-B.-Pf.	110	107,40	bz G				
do.	do.	103,25	bz G	*) Zinsfuß der Reichs-Bank			
Dtsch. Hypoth. umf.	5	101,20	bz G	Wechsel 4, für Lombard 5 p.C., Baudisconto in Amsterdam 3, Bremen			
do.	do.	4½	103,00	Brüssel 3½, Frankfurt a. M. 4, Hamburg —, Leipzig —, London 3, Paris 4, —			
Nein. Hyp.-Pf.	4½	100,75	bz G				
Akkd. Ordner.-H.-A.	5	100,25	bz G				

24,9—24,80 bez. D. R., per Juli-August 24,30—24,25 bez., pr. August-Sept. — bez., pr. Sept.-Okt. 23,95—24,00—23,90 M. bez. Gefündigt 2000 Zentner. Regulierungspreis 25,40 bez. — Preis sat per 1000 Kilo Winterraupe 170—205 Mark. S./D. — bez. N./D. — bez. Winterhains 160—168 M. S./D. — bez., N./D. — bez. — Rüböl per 100 Kilo loko ohne Fäss 55,0 M., flüssig — M., mit Fäss 55,3 M., per Mai 55,2—55 bez., per Mai-Juni 55,2—55 bez., per Juni-Juli 55,2—55 M. bez., per Juli-August — bez., per August — M. bez., per September-Okttober 57,9—57,5—57,6 M. bez., per Okttober-November 58,2—58,0 M., per Nov.-Dezember 58,5—58,1—58,2 bez. Gefündigt — Zentner. Regulierungspreis — bez. — Leinöel 100 Kilo loko 64 M. — Petroleum per 100 Kilo loko 23,3 M., per Mai 23,0 M. bez., per Mai-Juni 23,0 bez., per Juni-Juli — M., per Juli-August — bez., per September-Okttober 24,2 M. bez., pr. Oktbr. Novbr. — bez. Gefündigt — Zentner. Regulierungspreis — M. bez. — Spiritus per 100 Liter loko ohne Fäss 65,2 bez., per Mai 65,2 bis 65 bez., per Mai-Juni 65,0—64,7 bezahlt, per Juni-Juli 65,0 bis 64,7 bez., per Juli-August 65,3—65,0 bez., per August-September 64,7—64,3 bez., per September-Okttober 59,9—59,7 bez. Gefündigt 40,000 Liter. — Regulierungspreis 65,1 bez. (B. B.-3.)

Breslau, 31. Mai. (Amtlicher Produktions-Börsen-Bericht.)

Rogggen: (per 2000 Pfund.) höher, Gesündigt 1000 Zen ne
Abgel. Rödgsch. — per Mai 18,— Br. per Mai-Juni 179,— Br.
per Juni-Juli 178—179—178,50 bez. per Juli-August 170—169,50 bis
170 bez. per August-September — per September-Oktober 166—165,50
bezahlt.

Weizen: Gefündigt — Cr. per Mai 220, — Br. der Mai-Sun
229, — Br. per Juni-Juli 222 Br. per Juli-August 220 Br.
Naturoleum: per 100 Grar Iofa 26 0 Kr per Mai-Juni —

Petroleum: per 100 Rlgt. lobs 26, 0 Br per Maf.-volum —.

rung von Dortmunder Union und Laurahütte matt. Die Einwirkung

n der Ultimo-Regulirung, welche gerade auf diesem Gebiete am
gewesen waren erschienen mit dem Ultimo abgeschlossen und

sten gewesen waren, erschienen mit dem Ultimo abgeschlossen, und keine Anregung für eine steigende Bewegung fehlte. Auch dem Renten-

markte mangelte es an Lebhaftigkeit, und wenn auch die Courte nicht gerade als schwach gelten konnten, so wurden doch ungarische Gold-Rente und russische Anleihen anfangs zu den Schluss-Notirungen der Sonnabends eher angeboten als begehr. Vor allem machte sich auch hier groÙe Stille geltend. Als fest konnten nur die österreichischen Exportbahnen, namentlich Galizier bezeichnet werden; auch Lombarden

Banck- u. Kredu.-Actien.			Stendahn-Samm.-Actien.		
Badische Banck	4	106,50 G	Lachen-Maastricht	4	32,10 bʒ
Bf.f.Rheinl. u. Westf	4		Altona-Kiel	4	153,75 bʒ
Bf.f.Sprit-u. Br.-B.	4	49,00 bʒ G	Bergisch-Märkische	4	107,60 bʒ
Berl. Handels-Ges.	4	104,00 bʒ G	Berlin-Anhalt	4	115,80 bʒ
do. Raſſen-Verein	4	169,75 G	Berlin-Dresden	4	19,00 G
Breslauer Disf.-Bf.	4	91,60 G	Berlin-Görlitz	4	24,90 bʒ
Centralbf. f. B.	4	12,75 G	Berlin-Hamburg	4	204,50 bʒ B
Centralbf. f. F. u. H.			Brl.-Potsd.-Magd.	4	99,10 bʒ G
Coburger Credit-B.	4	87,00 B	Berlin-Stettin	4	115,20 bʒ
Cöln. Wechslerbanck	4	95,00 bʒ G	Bresl.-Schw.-Frbg.	4	107,50 bʒ G
Danziger Privatb.	4	112,50 B	Cöln-Minden	6	147,20 bʒ
Darmstädter Banck	4	143,50 bʒ G	do. Lit. B.		
do. Zettelbank	4	106,25 G	Halle-Sorau-Guben	4	23,75 bʒ
Dessauer Credith.	4	84,00 B	Hann.-Altenecken	4	
do. Landesbanck	4	119,50 bʒ B	do. II. Serie		
Deutsche Banck	4	137,10 bʒ G	Märkisch-Pösenner	4	29,90 bʒ
do. Genossensch.	4	110,50 G	Magd.-Halberstadt	4	147,25 bʒ G
do. Hyp.-Banck	4	91,00 G	Magdeburg-Leipzig	4	
do. Reichsbankf.	4	149,10 bʒ	do. do. Lit. B.	4	
Disconto-Comm.	4	179,75 bʒ	Münster-Hamm	4	
Geraer Banck	4	83,75 bʒ G	Niederich.-Märk.	4	99,80 B
do. Handelsb.	4	54,50 G	Nordhausen-Erfurt	4	25,60 G
Gothaer Privatb.	4	101,50 G	Oberchl. Lit.Au.C.	3½	184,10 bʒ G
do. Grundfredb.	4	92,50 bʒ G	do. Lit. B.	3½	152,50 bʒ
Hypothech (Hübner)	4		do. Lit. C.	5	
Königsb. Vereinsb.	4	100,50 G	Ostpreuß. Südbahn	4	55,50 G
Leipziger Credith.	4	144,00 G	Rechte Oderuferb.	4	139,60 bʒ
do. Discontob.	4	94,25 bʒ G	Rheinische	4	158,90 bʒ
Magdeb. Privatb.	4	110,50 bʒ	do. Lit.B.v.St.gar.	4	99,00 G
Meclb. Bodencred.	fr.	64,50 G	Rhein-Nahebahn	4	17,50 bʒ B
do. Hypoth.-B.	4	74,75 G	Stargard-Pojen	4	102,60 G
Meining. Creditbf.	4	95,00 B	Thüringische	4	158,00 bʒ
do. Hypothekenbf.	4	91,50 G	do. Lit. B.v.St.gar.	4	98,75 G
Niederlausitzer Banck	4	98,00 bʒ B	do. Lit. C. v. St.gar.	4	105,75 bʒ
Norddeutsche Banck	4	157,25 G	Weimar-Geraer	4	52,50 bʒ B
Nordd. Grundkredit	4	53,50 bʒ G			
Desterr. Kredit	4		Albrechtsbahn	5	25,90 bʒ B
Petersb. Intern.Bf.	4	95,90 bʒ B	Amsterd.-Rotterd.	4	121,50 bʒ
Posen.Landwirthschaft	4	67,50 G	Aufßig-Lepliz	4	
Posener Prov.-Banck	4	112,00 G	Böh. Westbahn	5	96,25 bʒ G
Posener Spritaftien	4	47,00 B	Brest-Grajewo	5	
Preuß. Banck-Antb.	4		Breit-Kiew	4	
do. Bodencredit	4	92,50 bʒ G	Dur-Bodenbach	4	70,40 bʒ
do. Centralbd.	4	128,00 bʒ G	Elisabeth-Westbahn	5	80,80 bʒ G
do. Hyp.-Spieh.	4	103,50 B	Kaij. Franz Joseph	5	73,00 bʒ G
Produkt.-Handelsbf	4	73,00 bʒ G	Gal. (Karl Ludwig.)	5	114,70 bʒ
Sächsische Banck	4	118,00 G	Gotthard-Bahn	6	50,40 bʒ G
Schaaffhausi. Bankv.	4	85,75 bʒ B	Kaschau-Oderberg	5	54,90 bʒ
Schles. Bankverein	4	104,40 bʒ B	Ludwigsb.-Berzbach	4	200,90 bʒ G
Südd. Bodenfredit	4	130,25 G	Württ. Linburg	5	15,50 bʒ G

<u>Industrie - Aktien.</u>				
Brauerei Pagenhof.	4	137,50	G	
Dannenb. Kattun.	4			Oberhess. v. St. gar.
Deutsche Baugei.	4	65,50	bzB	Desfr.-frz. Staatsb.
Dtch. Eisenb.-Bau	4	5,00	bzG	do. Nordw.-B.
Dtch. Stahl- u. Eis.	4			do. Litt. B.
Donnersmarchhütte	4	56,60	bz	Reichenb.-Pardubitz
Dortmunder Union	4	10,00	G	Kronpr. Rud.-Bahn
Egels Mäsch-Alt.	4	31,50	bz G	Riast-Whas
Friedmannsd. Spinn.	4	37,00	G	Rümäner
Flora f. Charlottenb.	4			Russ. Staatsbahn
Frits u. Rojn. Räh.	4	58,50	bz G	Schweizer Unionb.
Gelsenkirch.-Bergw.	4	121,00	bzG	Schweizer Westbahn
Georg.-Marienhütte	4	93,50	bz	Südösterr. (Lomb.)
Hibernia u. Shamr.	4	88,75	bzG	Turnau-Prag
Immobilien (Berl.)	4	80,25	G	Vorarberger
Kramsta. Leinen-F.	4	97,90	G	Warchau-Wien
Lauchhammer	4	39,50	bz	
Laurahütte	4	113,80	bzB	<u>Eisenbahn - Stammprioritäten</u>
Luisetief.-Bergw.	4	59,00	B	Altenburg-Beitz
Magdeburg-Bergw.	4	126,50	G	Berlin-Dresden
Marienhüt. Bergw.	4	72,60	B	Berlin-Görlitzer
Menden u. Schw.B.	4	86,00	B	Breslau-Warchau
Oberschl. Eis.-Bed.	4	57,50	bzG	Galle-Sorau-Gub.
				Hannover-Altenfel.
				do. II. Serie

Ostend	4	57,50	G	Leipz.-Gashw.-Ms.	5	
Phönix B.-A. Lit. A	4	75,50	G	Märkisch.-Posen	5	103,00
Phönix B.-A. Lit. B.	4	42,50	bz	Magd.-Halberst. B.	3½	90,00
Redenhütte cons.	4	174,00	B	do. do.	C. 5	122,00
Rhein.-Raaff.-Bergm.	4	91,00	bzB	Marienb.-Münster	5	89,50
Rhein.-Westf. Ind.				Nordhausen-Erfurt	5	95,00
Stobwasser Lampen	4	23,00	bzG	Oberlausitzer	5	40,90
Unter den Linden	4	7,10	bz	Ostpreuß. Südbahn	5	99,90
Wahl-Moabit	4	10,00	bzG	über Kreuzungen		71,25

Spiritus: fest, Gefünd. 75,000 Liter, Loko — per ²⁰
u. Mai-Juni 63,— bez. per Juni-Juli 63,— bez. per Juli-August
63,50 Gd. ver August-September 63,00 Br. per September-October
58—58,10 bez u. Gd.

Zins: ohne Umsatz.

Die Börsenkommunika-

Stettin, 31. Mai. (An der Börse) Wetter: bewölkt.
 + 11 Grad N., Barometer 28,2. Wind: NO.
 Weizen fester, per 1000 Kilo loko gelber 212—220 M., weißer
 215—222 M., per Mai-Juni 220 M. bez., per Juni-Juli 217 M.
 Br. u. Gd., per Juli-August 212 M. nom., per September-Oktober
 203—203,5 M. bez. — Roggen fest, per 1000 Kilo loko inländischer
 180—185 M., russischer 179 bis 182 M., per Mai 182 M. nom.,
 per Mai-Juni 180 M. Gd., per Juni-Juli 172—170,5—172—171,5
 M. bez., 172 M. Gd., per Juli-August 169 M. bez., per September-
 Oktober 163,5—165—164,5 M. bez. (vorgestern noch 164,5—164 M.
 bez.) — Sommergetreide ohne Handel. — Winterrüben wenig ver-
 ändert, per 1000 Kilo per Mai 257 M. bez., per September-Oktober
 267 M. bez. Br. u. Gd., per Oktober-November —, M. bez.—
 Rüböl matter, per 100 Kilo loko ohne Fäss bei Kleinigkeiten 56,5 M.
 Br., per Mai 55,5 M. Br., per Juni-Juli 54,5 M. bez., per Septem-
 ber-Oktober 57 M. Br. u. Gd., per Oktober-November —, M. bez.—
 Spiritus schließt matter, per 10,000 Liter pCt. loko ohne Fäss 63,4
 M. bez., per Mai-Juni 63,5 M. nom., per Juni-Juli 63,7 bis
 63,5 M. bez. u. Br., per Juli-August 64,2 M. bez. u. Br., per August
 September 63,6 M. Br. u. Gd., per September-Oktober 58,5 M. bez.
 58,7 M. Br. u. Gd. — Angemeldet: 100 Ctr. Rüböl. — Regulie-
 rungspreise: Weizen 220 M., Roggen 182 M., Rüböl 55,5 M.,
 Spiritus 63,5 M. — Petroleum loko 7,4 M. trans. bez., alte Usanc
 7,6 M. trans. bez., Requisitionsspreis 7,4 M. tr. (Döfee 4,40)

hoben sich, weil man wieder Hoffnung auf eine Verlängerung der

Steuerfreiheit mache. Gegen baar gehandelte Aktien lagen still, An-
lagewerthe blieben bei schwachem Verkehr unverändert; selbst für aus-
ländische Eisenbahn-Obligationen bestand nur geringe Nachfrage. Die
Haltung blieb bei sehr geringem Geschäft im weiteren Verlauf der heu-
tigen Börse ziemlich ganz unverändert; die Stimmung war lustlos.
In Galiziern fanden lebhaftere Umsätze statt. Per Ultimo notierte
man: Franzosen 478—476,50, Lombarden 151—150, Kredit-Aktien
478—7,50—9,50—8,50, Disk.-Kommandit-Antheile 171—170,90—1,50
bis 171. Der Schluss war schwach.

Rhein.-Westf. Bahn	155,10	G	Brieg.-Neisse	4½
Rumänische	8		do. Cof.-Oderb.	4
Saalbahn	3		do. do.	5
Saal-Unstrutbahn	5		do. Nied.-Bzgwb.	3½
Lübben-Blankenburg	5	81,75 G	do. Starg.-Pos.	4
Weimar-Geraer	5	35,25 b.v.B	do. do. II.	102,50 G
Eisenbahn - Prioritäts-			do. do. III.	102,50 G
Obligationen.			Ostpreuß. Südbahn	102,20 G
Aach.-Maastricht	4½	101,00 B	do. Litt. B.	4½
do. do.	II.	5	do. Litt. C.	4½
do. do.	III.	5	Rechte-Oder-Ufer	4½
Berg.-Märkische I.	4½	102,75 G	Rheinische	4
do. II.	4½	102,75 G	do. v. St. gar.	3½
do. III. v. St. g.	3½	91,30 b.v.G	do. v. 1858,	64
do. do. Litt. B.	3½	91,30 b.v.G	do. v. 1862,	64
do. do. Litt. C.	3½	88,50 B	do. v. 1865	4½
do. IV.	4½	102,80 G	do. 1869, 71, 73	4½
do. V.	4½	102,80 G	do. v. 1874,	5
do. VI.	4½	103,60 G	Rh.-Mahe v. St. g.	4½
do. VII.	4½	103,00 B	do. II. do.	4½
Aachen-Düsseldorf I.	4		Schlesm.-Holstein	4½

do.	do.	II.	4		Sachsen.-Gotha	1.	102,25	B
do.	do.	III.	4½		Thüringer	1.	4	99,80 B
do.	Düß.-Elb.-Pr.		4		do.	II.	4½	
do.	do.	II.	4½		do.	III.	4	99,80 B
do.	Dortm.-Soest		4	99,20 B	do.	IV.	4½	103,00 bB
do.	do.	II.	4½		do.	VI.	4½	103,00 bB
do.	Nordb.-Fr. W.		5	102,20 bB				
do.	Ruhr.-Gr.-R.		4½					
do.	do.	II.	4					
do.	do.	III.	4½					
Berlin-Anhalt		4	101,00 G					
do.		4½	102,60 G					
do.	Litt. B.	4½	102,60 G					
Berlin-Görlitz		5	102,75 G					
do.	do.	Litt. B.	4½	101,70 B				
Berlin-Hamburg		4	99,50 G					
do.	do.	II.	4	99,50 G				
do.	do.	III.	5					
Brl.-Potsd.-M.A.B.		4	99,50 G					
do.	do.	C.	4	99,50 G				
do.	do.	D.	4½	102,60 bB				
do.	do.	E.	4½	102,30 bB				
Berlin-Stettin		1.	4½					
do.	do.	II.	4	99,60 G				
do.	do.	III.	4	99,60 G				
do.	V. v. St. g.	4½						
do.	VI.	do.	4	99,60 G				
do.	VII.		4½					
Bresl.-Schw.-Kreisb.		4½						

do.	do.	Litt. G.	4½	103,00	B	Kronpr. Stud.-Bahn	5	82,20	bzG		
do.	do.	Litt. H.	4½	102,75	G	do.	do.	1869	5	81,75	bzG
do.	do.	Litt. I.	4½	102,75	G	do.	do.	1872	5	81,75	bzG
do.	do.	1876	5	106,00	G	Rab.-Graz. Pr.-A.	4	92,60	bzG		
Cöln-Minden	IV.	4	99,50	G	Reichenb.-Pardubitz	5	80,50	bzG			
do.	do.	V.	4	99,50	G	Südosterr. (Lomb.)	3	271,25	bzG		
do.	do.	VI.	4½	101,60	bzG	do.	do.	neue	3	271,20	bzG
Halle-Sorau-Guben	4½	104,00	B	do.	do.	1875	6				
do.	do.	C.	4½	104,00	B	do.	do.	1876	6		
Hannov.-Altengl.	1.	4½	104,00	B	do.	do.	1877	6			
do.	do.	II.	4½	104,00	B	do.	do.	1878	6		
do.	do.	III.	4½	104,00	B	do.	do.	Oblig.	5	92,75	bzG
Märkisch-Posener	4½	102,10	G	Brest-Grajewo	5	87,90	bzG				
Magd.-Halberstadt	4½	101,50	bz	Charl.-König.	5	94,90	bz				
do.	do.	de 1865	4½	101,50	bz	do.	in Lstr. a 20	40	5		
do.	do.	de 1873	4½	101,50	bz	Charf.-Krementzsch.	5	93,50	bzG		
do.	Leipz. A.	4½	102,90	B	Jelets-Drel. gar.	5	94,00	bzG			
do.	do.	B.	4	99,40	G	Koslow-Woron. gar.	5	97,00	bzG		
do.	Wittenberge	4½	101,40	G	Koslow-Woron. Ob.	5	83,70	bz			
do.	do.	3.	3	85,00	B	Kurst.-Charf. gar.	5	94,90	bz		
Niederschl.-Märk.	1.	4	99,50	G	R.-Charf.-A. (Obl.)	5	84,90	bzG			
do.	II. a 62½ thlr.	4	99,00	G	Kurst.-Kien. gar.	5	99,80	bzG			
do.	ObI. I. u. II.	4	99,70	B	Łosowo-Sewast.	5	82,25	bz			
do.	do.	III conv.	4	99,70	B	Mosko-Njäjan	5	104,10	bz		
Oberschlesische	A.	4			Most.-Smolenst	5	96,25	bz			
Oberschlesische	B.	3½			Schujas-Svanow.	5	94,50	St			
do.	C.	4			Warschau-Teresp.	5	98,30	G			
do.	D.	4	99,50	G	do.	fleime	5	98,30	G		
do.	E.	3½	91,75	G	Warschau-Wien	II.	103,50	G			
do.	F.	4½	103,40	G	do.	III.	5	101,80	bzG		
do.	G.	4½	103,40	bz	do.	IV.	5	101,10	bzG		
do.	H.	4½	103,60	G	Zarskoe-Selo	5	80,50	bzG			
do.	v. 1869	4½									
do.	v. 1873	4	99,25	bzG							